

Grundsätze für Deutschland.



Antrag des Bundesvorstands der CDU Deutschlands –
Grundsatzprogrammentwurf des SPD-Parteivorstands

Ein Vergleich.

CDU

Synopse

Leitantrag des Bundesvorstands der CDU Deutschland an den 21. Parteitag und des Bremer Entwurfs des Grundsatzprogramms in der vom SPD-Parteivorstand im Januar beschlossenen Fassung

Kapitel CDU	Kapitel SPD
<p>I. Wir christliche Demokraten</p> <p>I. 1. Wer wir sind – Menschenbild und Grundwerte der CDU</p> <p>Die CDU ist die Volkspartei der Mitte. Ihre Politik beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Wir wissen, dass sich aus dem christlichen Glauben kein bestimmtes politisches Programm ableiten lässt. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und die Freiheit aller Menschen anerkennt und die hieraus folgenden Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU hat konservative, liberale und christlich-soziale Wurzeln. (Ziffer 1-3)</p> <p>Die CDU will die christlich geprägten Wertgrundlagen unserer freiheitlichen Demokratie bewahren und stärken. Wir leiten aus ihnen die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit her. Diese Grundwerte erfordern und ergänzen einander. (Ziffer 10)</p> <p>Der Mensch ist frei geschaffen. Es ist Aufgabe der Politik, den Menschen den notwendigen Freiheitsraum zu sichern. (Ziffer 11 - 17)</p> <p>Solidarität ergibt sich aus der sozialen Natur des Menschen und aus dem Gebot der Nächstenliebe. Auch die Verpflichtung zur sozialen Sicherung beruht auf dem Grundgedanken der Solidarität. Sie darf nicht missbraucht werden und sie verpflichtet uns – gegenüber künftigen Generationen und weltweit. (Ziffer 18 – 22)</p> <p>Ohne Gerechtigkeit gibt es keine Freiheit. Das Recht sichert zudem</p>	<p>2. Die Grundwerte der Sozialen Demokratie</p> <p>Woher wir kommen</p> <p>SPD ist „linke Volkspartei“ (S. 10, Z. 12-13)</p> <p>„Die gleiche Würde aller Menschen ist Ausgangspunkt und Ziel unserer Politik.“ (S. 10, Z. 42-43)</p> <p>„Jeder Mensch trägt Verantwortung für sein Leben. Niemand kann oder soll sie ihm abnehmen.“ (S. 10, Z. 50-51)</p> <p>„Freiheit und Gleichheit, die Freiheit gegenüber obrigkeitlicher Willkür und ihre Gleichheit unabhängig vom Stand, Religion, Herkunft und Geschlecht – das sind die beiden Grundorientierungen der politischen Moderne. Die Verbindung von Freiheit und Gleichheit bildet die Grundlage für unser Verständnis von Gerechtigkeit.“ (S. 11, Z. 14 -19)</p> <p>„Die ungerechte Verteilung von Einkommen, Vermögen und Chancen teilt die Gesellschaft in solche, die über andere verfügen, und solche, über die verfügt wird und deren Selbstbestimmung und politische Mitwirkung rasch an Grenzen stoßen.“ (S. 11, Z. 50-53)</p> <p>„Gerechtigkeit erfordert mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Eigentum und Macht.“ (S. 12, Z. 4-5)</p> <p>Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus (S. 12, Z. 46-47)</p>

CDU

SPD

<p>die Freiheit auch für den Schwächeren. Wir setzen uns dafür ein, dass jeder Mensch seine Lebenschancen frei und verantwortlich wahrnehmen kann. Wir wollen gleiche Chancen eröffnen, nicht gleiche Ergebnisse versprechen. Diese Überlegungen finden in der Chancengesellschaft ihre Verwirklichung. (Ziffer 23 – 24)</p>	
<p>II.1. Unser Gesellschaftsbild</p> <p>Die geistigen Grundlagen unserer christlich demokratischen Volkspartei befähigen uns, die Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft zu meistern. Unsere Politik für Deutschland zielt auf eine Gesellschaft, die jedem Freiheit sichert und alle im Bewusstsein ihrer Zusammengehörigkeit verbindet. Alle müssen die Chance haben, sich so zu verwirklichen, wie es ihren Anlagen und Fähigkeiten entspricht. Nach christlichem Verständnis gelingt freie Entfaltung nur in der Gemeinschaft. Der Einzelne kann seine volle Identität nur in der Beziehung zu anderen entfalten. Die Gesellschaft ist für ihre Entwicklung und Zukunftsfähigkeit auf freie, selbstbewusste Persönlichkeiten angewiesen. Das zeichnet die Chancengesellschaft aus und ermöglicht gleichzeitig ihren inneren Zusammenhalt.(Ziffer 27 – 28)</p> <p>Die Nation ist eine Verantwortungsgemeinschaft für Vergangenheit, Gegenwart und für die Gestaltung der Zukunft. (Ziffer 32) Leistungs- und Verantwortungsbereitschaft, Anerkennung der verbindlichen kulturellen Grundlagen, der Werte, die unserer Geschichte entstammen und in unser Grundgesetz eingegangen sind, bilden unsere politische Kultur. Sie ist geprägt von den Besonderheiten der deutschen Geschichte und ihren föderalen und konfessionellen Traditionen. Dieses gemeinsam bildet den Boden einer Leitkultur in Deutschland. (Ziffer 34 – 37)</p>	<p>3. Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert</p> <p>„Die Sozialdemokratie will die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen, garantiert durch die Grundrechte und orientiert an der Idee der solidarischen Bürgergesellschaft.“ (S. 12, Z. 26 – 39)</p> <p>Sozialdemokratie hat drei Gegner: „Konservative (1) halten an überkommenen Privilegien fest und berufen sich auf angeblich natürliche Ungleichheiten, um anderen Menschen den Zugang zu Lebenschancen, Aufstiegsmöglichkeiten und Wohlstand zu verwehren. Marktradikale (2) predigen Freiheit und Wettbewerb, aber erkennen nicht, dass eine dynamische Gesellschaft der Freien und Gleichen immer soziale Voraussetzungen hat.“</p> <p>Soziale Demokratie kann nur dort gedeihen, wo gestaltende Politik die Bedingungen für die Teilhabe und Leistung aller Menschen immer wieder erneuert. Populisten (3) leugnen veränderte Realitäten und klammern sich an überkommene nationalstaatliche Instrumente.“ (S. 13, Z. 40-54)</p> <p>Entschlossenes Vorgehen gegen „rechtsextremistische, antisemitische, menschen- und verfassungsfeindliche Bestrebungen“ (S. 14, Z. 3-4)</p>

CDU

SPD

II. Herausforderungen unserer Zeit – Gestaltungsanspruch der CDU

Wir leben heute in einer Zeit epochaler Veränderungen. Die Gefährdungen unserer Umwelt, die Folgen der Globalisierung, die Anforderungen der Wissensgesellschaft, neue Bedrohungen unserer Freiheit und der demografische Wandel sind die wichtigsten Beispiele solcher Herausforderungen. Wir müssen sie annehmen, uns auf sie einlassen und die Chancen, die mit ihnen auch verbunden sind, für eine verantwortliche und zukunftsfähige Politik im 21. Jahrhundert nutzen. Dafür müssen wir auch zu Veränderungen bereit sein. (Ziffer 38)

In Zeiten, in denen Vieles in Bewegung gerät, müssen wir allen den Mut zur Freiheit aufbringen. Ohne Freiheit können Chancen nicht genutzt werden. In solchen Zeiten brauchen die Menschen aber auch Vertrauen auf ein Leben in Sicherheit. Es ist Aufgabe der Politik, dafür die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen. Freies und sicheres Leben verwirklicht sich in der Chancengesellschaft. (Ziffer 56 – 58)

III. Starke Familien – menschliche Gesellschaft

Fundament der Gesellschaft sind Ehe und Familie, die wir stärken wollen. Die CDU will die Voraussetzungen schaffen, dass viele Familien- und Kinderwünsche in Erfüllung gehen. (Ziffer 29 u. 74)

Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung tragen. Sie umfasst alle Generationen.
Die Ehe ist unser Leitbild der Gemeinschaft von Mann und Frau. Aber wir respektieren die Entscheidung von Menschen, die in anderen Formen der Partnerschaft ihren Lebensentwurf

Soziale Demokratie

SPD stellt sich vier große Aufgaben: 1. Globalisierung freiheitlich, gerecht und solidarisch gestalten. 2. Politik der neuen Wertschöpfung. 3. Vorsorgenden Sozialstaat 4. Aktive Bürgergesellschaft (S. 14, Z. 20-38)

5. Unser Weg

„Wir sind die Partei der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität.“
„Wir schaffen das Bündnis für Soziale Demokratie.“
„Wir sind die Partei für das ganze Deutschland.“
„Wir sind die Partei der engagierten Bürgerinnen und Bürger.“
„Wir sind die Partei der Arbeit und der Wertschöpfung.“
„Wir sind die Partei der Bildung, der Wissenschaft und des Fortschritts.“
„Wir sind die Partei der Kultur.“
„Wir sind die Partei der internationalen Solidarität.“
„Wir sind die Partei der solidarischen Mitte.“
(S. 61-62)

4. 8. Kinder und Familien stärken

„Wir orientieren unser Familienbild an der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Die meisten Menschen wünschen sich die Ehe. Wir unterstützen aber auch andere gemeinsame Lebenswege, gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften und allein erziehende Eltern. **Familie ist dort, wo Kinder sind und wo Lebenspartner oder Generationen füreinander einstehen.**“ (S. 55, Z. 47-52)
Der Staat soll durch Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten dafür sorgen, dass Alleinerziehende erwerbstätig sein können. (S. 55, Z. 38-40)

CDU

SPD

<p>verwirklichen. (Ziffer 68 – 69,80) Familien brauchen Zeit. Wichtiger als manch staatliche Maßnahme, für den Alltag der Familie ist eine familienfreundliche Arbeitszeit in Wirtschaft und Unternehmen zu schaffen. Wir fordern die Einführung eines Familiensplittings. Das Ehegattensplitting bleibt in seiner heutigen Form erhalten. Wir wollen den Ausbau von Infrastrukturen wie z. B. von Einrichtungen für Kinder aller Altersklassen. (Ziffer 81 – 83)</p>	
<p>IV. Bildungs- und Kulturnation Deutschland – Antworten auf die Wissensgesellschaft</p> <p>IV. 1. Mehr Bildung für alle. Von Anfang an, ein Leben lang</p> <p>Bildung ist Schlüssel für die Lebenschancen jedes einzelnen. Nur bessere Bildung für mehr Menschen wird Wohlstand nachhaltig sichern. Unsere gesellschaftspolitischen Ziele sind: Die soziale Herkunft junger Menschen darf nicht über ihre Zukunft entscheiden. Und: Aufstieg muss durch Bildung ermöglicht werden. Jede Begabung soll so früh wie möglich entdeckt und gefördert werden. (Ziffer 90 und 92)</p> <p>Das gegliederte Schulsystem hat sich als erfolgreich erwiesen. Es müssen die richtigen Rahmen geschaffen werden, damit die Schulen stetig besser und den Schülern gerecht werden. Unsere Devise lautet: Für jeden Abschluss einen Anschluss. Dazu gehört auch der bedarfsgerechte Ausbau von Ganztagschulen. (Ziffer 98 u. 104) Der Auftrag von Schule und Lehrern geht über die Vermittlung von Wissen weit hinaus. Junge Menschen brauchen auch Werte und soziale Tugenden, um ihr Leben erfolgreich zu meistern. Die CDU tritt dafür ein, dass christlicher Religionsunterricht in allen Ländern zum Kanon der Wahlpflichtfächer zählt. (Ziffer 101)</p>	<p>4. 7. Bildung in der lernenden Gesellschaft</p> <p>„Bildung entscheidet unsere Zukunft. Sie ist die große soziale Frage unserer Zeit.“ (S.50, Zeile 7-8) „Von der frühkindlichen Bildung bis zum ersten beruflichen Abschluss müssen wir Eltern und Kindern den Weg frei machen und finanzielle Hürden beseitigen. Jeder Mensch hat das Recht auf eine gebührenfreie Ausbildung vom Kindergarten bis einschließlich des Studiums.“ (S. 50, Z. 48-52)</p> <p>„Wir wollen den Ausbau der Ganztagschulen, sie sind sozial verankert.“ (S. 52, Z. 13 – 19) Das Duale System soll weiterentwickelt werden. (S. 52, Z. 50-52) „Unternehmen sind in der Pflicht, für die Ausbildung des Fachkräftenachwuchses zu sorgen. Solidarische Finanzierungsmodelle können dabei helfen.“ (S. 53, Z. 1-3)</p> <p>Weiterbildung soll zur vierten Säule im Bildungssystem ausgebaut werden. (S. 54, Z. 5-7) „Damit die Menschen sich engagiert fortbilden, wollen wir sie durch Freistellungsansprüche und finanzielle Förderung unterstützen.“ (S. 54, Z. 8-10)</p>

CDU

SPD

<p>Die Qualität der Hochschulausbildung und damit auch die Qualifikation von Hochschulabsolventen und Forschern sind in der Wissensgesellschaft und für Deutschlands Stellung als international anerkannte Talentschmiede entscheidend. (Ziffer 109)</p>	
<p>IV. 2. Neugieriges Deutschland: Forschung sichert Wohlstand</p> <p>Die CDU bekennt sich zur Freiheit von Wissenschaft und Forschung. Für uns findet die Freiheit der Forschung ihre Grenzen dort, wo die unantastbare Würde des Menschen berührt und die Schöpfung gefährdet ist. (Ziffer 117)</p> <p>Forschung bedarf der besonderen staatlichen Unterstützung. Wissenschaft, Wirtschaft und Staat tragen gemeinsam Verantwortung für Innovationen und für die Zukunft des Technologie- und Forschungsstandortes Deutschland. Die Ausgaben hierfür sollen bis zum Jahr 2015 auf 4 Prozent des Bruttoinlandproduktes gesteigert werden. (Ziffer 118 u. 121)</p>	<p>4. 7 Bildung in der lernenden Gesellschaft</p> <p>Die Qualität von Lehre und Forschung in Hochschulen soll verbessert und die Studienplätze ausgebaut werden. Der Staat hat die Aufgabe, die Finanzierung der Hochschulen abzusichern. (S. 53, Z. 22-26)</p> <p>Hochschulen sollen so weit wie möglich autonom sein. (S. 53, S. 28-30)</p> <p>„Um einen fairen Wettbewerb zwischen den Ländern zu gewährleisten und Anreize für den Ausbau von Studienplätzen zu geben, setzen wir uns für einen finanziellen Ausgleich zwischen den Ländern ein.“ (S. 53, Z. 41-44)</p>
<p>IV. 3. Kultur: Ausdruck nationaler Identität und Weltoffenheit</p> <p>Die CDU bekennt sich zur Freiheit der Kunst und zur Förderung von Kunst und Kultur als herausragende öffentliche Aufgabe. Politik ist nicht für Ausdrucksformen oder Inhalte zuständig, wohl aber für gedeihliche Bedingungen für Kunst und Kultur. Wir wollen eine weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für private Kulturförderung durch Stiftungen, Mäzenatentum und Sponsoring. (Ziffer 127 – 128)</p> <p>Lebendige Erinnerung ist Teil unserer Kultur und umfasst für uns die gesamte deutsche Geschichte. (Ziffer 129)</p>	<p>Die Kultur der demokratischen Gesellschaft</p> <p>Die Sozialdemokratie war von Anfang an auch eine Kulturbewegung. Unser Kulturbegriff reicht über die Kunst hinaus und bezieht auch kulturelle Bildung, geschichtliches Erbe und Formen des Zusammenlebens ein. (S. 32 – 33)</p> <p>Kulturförderung ist Aufgabe der Bürgergesellschaft und des Staates. (S. 33, Z. 28-31)</p> <p>„Wir verteidigen die politische Unabhängigkeit der Medien vom Staat und von mächtigen wirtschaftlichen Interessen.“ (S. 32, S. 37-38)</p>

CDU

SPD

<p>In einer sich schnell wandelnden Medienwelt kommt es vor allem auf die Sicherung der Vielfalt und Qualität der Medieninhalte an. Eine finanzielle Beteiligung von politischen Parteien an Medien lehnen wir ab. (Ziffer 133)</p>	
<p>V. Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft in der globalisierten Welt</p> <p>Die Globalisierung ist eine von Menschen gemachte Entwicklung, die wir beeinflussen und gestalten können. Wenn wir darauf achten, dass unsere Politik wirtschaftlich vernünftig und sozial gerecht ist, dann ist die Globalisierung nicht das Ende des Sozialstaates und der Sozialen Marktwirtschaft. Vielmehr kann sie der Beginn ihrer weltweiten Akzeptanz sein. Eine neue Wirtschaftspolitik muss die Standards der Sozialen Marktwirtschaft international verankern. (Ziffer 135)</p> <p>V.1. Grundsätze einer Ordnung für Wohlstand, Teilhabe und Sicherheit</p> <p>Die CDU ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft, die nicht nur ein Wirtschaftssystem, sondern ein Gesellschaftsmodell ist. (139 – 140)</p> <p>Unternehmer und Unternehmensführer sind mit ihrer Kreativität und Leistungsbereitschaft eine tragende Säule der Sozialen Marktwirtschaft. Die CDU bekennt sich zum freiheitlichen und sozialverantwortlichen Unternehmertum. (Ziffer 144)</p> <p>Mit ihrer Arbeit, Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit tragen die Arbeitnehmer ganz wesentlich zum Erfolg ihrer Unternehmen bei. (Ziffer 147)</p>	<p>1. Die Zeit in der wir leben Die Welt wächst zusammen</p> <p>„Der globalisierte Kapitalismus darf nicht sich selbst überlassen werden. Er lässt alte Ungerechtigkeiten bestehen und schafft darüber hinaus neue Bedrohungen für Freiheit und Gerechtigkeit, Gesundheit und Leben.“ (S. 4, Z. 33-36)</p> <p>„Multinationale Konzerne planen ihre Gewinnstrategien weltweit, unterlaufen demokratische Aufsicht und Regulierung und erzwingen politische Entscheidungen auf Kosten der Gesellschaft.“ (S. 5, Z. 9-12)</p> <p>„Anonyme Fondsmanager kaufen und verkaufen Firmen wie Händler ihre Ware auf dem Großmarkt – nicht immer zum Wohle dieser Firmen, ihrer Belegschaften und ihrer Lieferanten und Kunden. Die Logik des schnellen Profits und überzogener Renditeforderungen führt allzu oft dazu, dass langfristige Investitionen in neue Arbeitsplätze ausbleiben.“ (S. 6, Z. 3-10)</p> <p>4. 1. Eine friedliche, freie und gerechte Weltordnung Die Globalisierung gestalten</p> <p>Wir wollen Möglichkeiten zur Steuerung der Wirtschaften durch internationale Kooperation und Rahmensetzung zurückgewinnen und erweitern.“ (S. 20, Z. 53-55)</p> <p>Industrieländer sollen im Rahmen der WTO ihre Märkte öffnen und die Subventionierung ihrer Agrarexporte schrittweise reduzieren und</p>

CDU

SPD

<p>V.2. Soziale Marktwirtschaft in der globalisierten Welt</p> <p>Wirtschaft und Arbeit in Deutschland hängen in zunehmendem Maße von den wirtschaftlichen Bedingungen in der globalisierten Welt ab. Deswegen setzen wir uns dafür ein, die Handlungsfähigkeit, Stärke und Effizienz der bestehenden internationalen Organisationen zu stärken. Sie sind das geeignete Mittel, um die Gestaltung einer freien und humanen Weltordnung voranzubringen. Wirtschaftlich starke Staaten müssen ihre Verantwortung wahrnehmen, um auch den Interessen wirtschaftlich schwacher Staaten zu mehr Geltung zu verhelfen.</p> <p>Der Markt ist nicht immer in der Lage, aus sich heraus die Bildung von Monopolen und Kriterien zu verhindern. Damit internationale, private wie staatliche Akteure an ungebremster Machtentfaltung gehindert werden, ist der Schutz der Freiheit der internationalen Märkte notwendig. Das erfordert eine international abgestimmte Wettbewerbsordnung. (Ziffer 149, 152, 154, 159)</p>	<p>schließlich beenden. (S. 21, Z. 14-16)</p>
<p>V. 3. Wirtschaft und Arbeit</p> <p>Mittelständische Unternehmen sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Freiheit und Wettbewerb sind die Triebfedern unseres Wirtschaftssystems, deswegen gilt es für den Staat, sich bei Subventionen und wirtschaftlicher Betätigung zurückzuhalten. Vielmehr muss der Staat für eine funktionierende Infrastruktur sowie für die Leistungs- und Innovationsfähigkeit der Wirtschaft und der Menschen für die weitere Entwicklung Deutschlands sorgen. (Ziffer 163, 165, 168 – 169)</p> <p>Arbeit für Alle ist das Kernstück sozialer Gerechtigkeit. Massenarbeitslosigkeit ist daher unerträglich und nicht hinnehmbar.</p>	<p>4. 5. Neue Wertschöpfung und gute Arbeit</p> <p>Der Staat muss industriepolitische Prioritäten setzen und sich in Partnerschaft mit der Wirtschaft und der Wissenschaft auf strategische Felder konzentrieren.</p> <p>Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik verfolgt drei Hauptziele: 1. Möglichst hoher Wohlstand, an dem alle Menschen gerecht teilhaben. 2. Jede Frau und jeder Mann soll die Möglichkeit erhalten, den eigenen Lebensunterhalt durch Arbeit zu erwirtschaften. 3. Gleichzeitig müssen natürliche Lebensgrundlagen nachhaltig gesichert werden. (S. 35, Z. 24-29)</p> <p>Ziel der Vollbeschäftigung in Deutschland wird nicht aufgegeben. (S.</p>

CDU

SPD

<p>In Deutschland ist die Arbeitslosigkeit hauptsächlich strukturell bedingt. Wir brauchen deswegen neben Bildungsinvestitionen eine umfassende Reform des Arbeitsmarktes mit besseren Beschäftigungschancen für Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose sowie Ältere. Grundsätzlich muss gelten: Vorfahrt für Arbeit. (Ziffer 170 – 172)</p> <p>Die soziale Partnerschaft, Tarifautonomie und Mitbestimmung sind Grundlage unserer Wirtschafts- und Sozialordnung. Die Mitbestimmung wollen wir als Interessenvertretung der Arbeitnehmer fortentwickeln. Die Tarifpartner haben bereits damit begonnen, auf die veränderte Arbeitslandschaft flexible Antworten zu finden. Diesen Prozess wollen wir durch die rechtssichere Gestaltung betrieblicher Bündnisse ergänzen. (Ziffer 173)</p> <p>Wir sprechen uns für mehr Erfolgs- und Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer sowie mehr Flexibilität der Arbeitszeiten aus. Unser Ziel ist es, dass auch Beziehern niedriger Löhne und Gehälter aus einer legalen Beschäftigung ein existenzsicherndes Einkommen zuwächst. Es muss gelten: Wenn man arbeitet, muss man mehr haben, als wenn man nicht arbeitet. (Ziffer 177)</p>	<p>36, Z. 37-38)</p> <p>Politik für Vollbeschäftigung basiert auf vier Säulen: 1. möglichst hohes Wachstum, einen Vorsprung in marktfähigen Produkten und eine besondere Beschäftigungsdynamik im Dienstleistungsbereich. 2. Unterstützt der Vorsorgende Sozialstaat durch koordinierte Politik dabei, Übergänge und Unterbrechungen in Erwerbsbiographien zu meistern und die Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten. 3. Angebote öffentlich geförderter und gemeinwohlorientierter Arbeit für Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Perspektive haben. 4. Moderne Arbeitszeitpolitik, die Selbstbestimmung und Flexibilität fördert sowie durch Arbeitszeitverkürzung mehr Menschen in Beschäftigung bringt. (S. 36, Z. 49 – S. 37, Z. 7)</p> <p>Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs soll verbessert, die Durchlässigkeit der Arbeitsgesellschaft erhöht und die Leistungsbereitschaft der Menschen unterstützt werden. „Leistungsbereitschaft muss stärker gefördert werden und sich auch auszahlen.“ (S. 46, Z. 22-25)</p> <p>Mitarbeiterbeteiligungsmodelle sollen attraktiver werden. (S. 41, Z. 18-20)</p> <p>SPD will Lohnsteigerungen, die sich an der Produktivität orientieren. „Im unteren Einkommensbereich brauchen wir Mindestlöhne</p>
<p>V. 4. Den demografischen Wandel gestalten – Soziale Sicherheit für alle Generationen</p> <p>Der Sozialstaat hat in Deutschland Großes geleistet. Er bleibt unverzichtbar. Bei der Weiterentwicklung der Systeme orientiert sich die CDU an dem Prinzip der Generationengerechtigkeit und der Leistungsgerechtigkeit. (Ziffer 188 u. 197)</p> <p>In der Krankenversicherung wie in der Pflegeversicherung soll die Umlagefinanzierung stufenweise durch Einführung von</p>	<p>4. 6 Der vorsorgende Sozialstaat</p> <p>Auch im 21. Jahrhundert bleibt es eine zentrale Frage, wie der gesellschaftliche Wohlstand verteilt wird.“ (S. 43, Z. 48-52)</p> <p>„Nur wenn die Menschen wissen, dass ihre elementaren sozialen Lebensrisiken verlässlich abgesichert werden, sind sie bereit Risiken einzugehen und mobil zu sein. Um dieses Sicherheitsversprechen zu erneuern, entwickeln wir den Sozialstaat weiter zum Vorsorgenden Sozialstaat.“ (S. 44, Z. 2-6)</p>

CDU

SPD

<p>solidarischen Prämienelementen ergänzt und baldmöglichst durch ein kapitalgedecktes solidarisches Prämienmodell ersetzt werden. Die Leistungen der Pflegeversicherungen sollen dynamisiert und Pflegebedürftigkeit neu definiert werden. (Ziffer 188 u. 197)</p> <p>Die Alterssicherung in Deutschland ruht auf drei Säulen: der gesetzlichen Rentenversicherung, der betrieblichen und der privaten Vorsorge. Die gesetzliche Rentenversicherung allein wird künftig nicht mehr den gewohnten Lebensstandard im Alter sichern können. Daher ist es notwendig, dass andere Formen der Vorsorge dazu beitragen, den Lebensstandard im Alter zu erhalten. (Ziffer 189 – 195)</p> <p>Die Arbeitslosenversicherung bleibt mit Blick auf die Notwendigkeit eines flexibleren Arbeitsmarktes von hoher Bedeutung. Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes muss an die Dauer der Beitragszahlung gekoppelt sein. Wir wollen stärkere Anreize zur Arbeitsaufnahme einführen. Die Arbeitslosenversicherung muss Beschäftigung fördernd ausgerichtet und grundsätzlich auf ihre Versicherungsfunktion beschränkt sein. (Ziffer 201 u. 203)</p>	<p>„Der Vorsorgende Sozialstaat befähigt die Menschen, ihr Leben selbstbestimmt zu meistern, indem er aktivierende, präventive und investive Ziele in den Mittelpunkt stellt. Er fördert eine höhere Erwerbsquote von Frauen und Älteren. Er verhindert Ausgrenzung und erleichtert berufliche Integration. Er entlässt nicht aus der Verantwortung für das eigene Leben.“ (S. 44, Z. 11-19)</p> <p>Der Vorsorgende Sozialstaat verfolgt die drei zentralen Ziele Emanzipation, Teilhabe und Sicherheit.“ (S. 44, Z. 50-51)</p> <p>Die Finanzierungsgrundlage der sozialen Sicherungssysteme soll gestärkt und die paritätisch finanzierten Beiträge durch eine höhere und nachhaltige gesicherte Steuerfinanzierung ergänzt werden. (S. 45, Z. 42-48)</p> <p>Gesetzliche Rentenversicherung soll zu einer Erwerbstätigenversicherung weiterentwickelt werden, in die auch Selbstständige sowie Beamte einbezogen sind. Dabei wird am Erwerbseinkommen als Maßstab für die Rentenhöhe festgehalten. (S. 49, Z. 5-10)</p> <p>SPD will stärkere Steuerfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Im Gegenzug sollen die Lohnnebenkosten im unteren Einkommensbereich sinken. (S. 39, Z. 1-4)</p> <p>Einführung einer Bürgerversicherung im Gesundheitswesen. (S. 47, Z. 53-54)</p>
<p>V.5. Solide Finanzen, solides Deutschland</p> <p>Die Schuldenlast in Deutschland ist schon heute erdrückend. Der Wohlstand unseres Landes ist gefährdet, wenn der Staat auf Dauer mehr ausgibt als er einnimmt. Stoppen wir die Verschuldung nicht, wird der Staat in Zukunft wichtige Aufgaben nicht mehr erfüllen können. Zur Begrenzung der Neuverschuldung ist es in einem ersten Schritt notwendig, den Begriff der „öffentlichen Investitionen“ in einem strengeren Sinn zu definieren. Wir wollen sicherstellen, dass die verfassungsrechtlichen Verschuldungsregeln</p>	<p>Solide Staatsfinanzen und öffentliche Zukunftsinvestitionen</p> <p>Reduzierung der Verschuldung der öffentlichen Haushalte und stärkere Ausrichtung der staatlichen Ausgaben auf Zukunftsinvestitionen. „Eine innovative und wettbewerbsfähige Wirtschaft braucht deutlich mehr Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur. Da alle gemeinsam den Nutzen aus solchen Investitionen ziehen, müssen sich auch Unternehmen und vermögende Privathaushalte entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an der steuerlichen Finanzierung dieser Aufgaben beteiligen.“ (S. 39, Z. 31-38)</p>

CDU

SPD

<p>die Kreditaufnahmen wirksam begrenzen und eine Schuldenbremse eingeführt wird. Wir wissen, dass die Konsolidierung der Staatsfinanzen und unser Ziel, Arbeit für alle zu schaffen, einander bedingen. Wir werden deshalb das Gefüge der Staatseinnahmen so erneuern, dass der Faktor Arbeit entlastet wird. (Ziffer 208 – 210)</p> <p>Damit die Bürger das Steuerrecht akzeptieren, muss es den Prinzipien folgen: einfach, niedrig, gerecht. Das entspricht unseren Grundwerten von Solidarität und Gerechtigkeit. (Ziffer 217)</p>	<p>SPD hält am Ziel der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit fest. (S. 39, Z. 49-51)</p> <p>Die Sozialen Sicherungssysteme sollen stärker durch Steuern auf alle Einkunftsarten statt durch Beiträge von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Arbeitgebern finanziert werden. (S. 39, Z. 53, - S. 40, Z. 4)</p>
<p>V. 6. Auf historischen Leistungen aufbauen – Die neuen Länder voran bringen</p> <p>Mit der friedlichen Revolution haben die Bürger der ehemaligen DDR im Vertrauen auf Freiheit, Demokratie und Soziale Marktwirtschaft die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands geschaffen. Wir brauchen in den neuen Ländern eine Stärkung der Bürgergesellschaft – als Grundlage für Demokratie, Rechtsstaat und Soziale Marktwirtschaft. Um eine selbst tragende wirtschaftliche Entwicklung und eine weitere Modernisierung zu erreichen, benötigen die neuen Länder die Solidarpaktmittel bis 2019 in der zugesagten vollen Höhe. Die Mittel sind zweckgerecht für die Schließung noch bestehender Infrastrukturlücken und zum Ausgleich der unterproportionalen Finanzkraft der Kommunen einzusetzen. (Ziffer 219, 225 u. 228)</p>	<p>Der soziale Bundesstaat</p> <p>Die besondere Situation in Ostdeutschland erfordert besondere Anstrengungen und gesamtdeutsche Solidarität. (S.29, Z. 49-53)</p>
<p>VI. Die Schöpfung und das Leben bewahren - Für eine lebenswerte Umwelt</p> <p>VI. 1. Die Würde des Menschen schützen – vom Beginn bis zum Ende des Lebens</p> <p>Die Achtung der Menschenwürde besitzt Vorrang vor der</p>	<p>4. 9 Nachhaltiger Fortschritt</p> <p>Bio- und Gentechnologien und die neuen Möglichkeiten der Medizin führen uns an ethische Grenzbereiche. Ihre Erforschung und</p>

CDU

SPD

<p>Forschungsfreiheit. Aus der Menschenwürde folgen die Achtung und der Schutz des Menschenlebens in allen Phasen. Das noch nicht geborene Leben bedarf unseres besonderen Schutzes. Wir wissen, dass die biomedizinische Forschung Lösungen für Zukunftsprobleme anbietet und wesentlich zur Heilung von Krankheiten und zur Linderung von Leid beiträgt. Chancen und Risiken sind gewissenhaft abzuwägen.(Ziffer 231 u. 233)</p>	<p>Anwendung erfordern ...breite Diskussion. SPD hält am Verbot des gezielten genetischen Eingriffs in die menschliche Keimbahn fest. (S. 57, Z. 6-13)</p>
<p>VI. 2. Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen</p> <p>Nach unserem Verständnis widersprechen sich wirtschaftliche Entwicklung und Umweltschutz nicht, sie bedingen einander. Aus diesem Grund setzen wir uns für eine ökologische und soziale Marktwirtschaft ein. (Ziffer 237)</p> <p>Unser Ziel ist es, die Erwärmung der Erdatmosphäre auf max. 2 °C zu begrenzen. Wir verfolgen dies mit einer Klima-Doppelstrategie, die verbindliche Grenzwerte festlegt und zugleich Entwicklung und Einsatz klimaschonender Technologien fördert. Bis 2020 wollen wir die Treibhausgasemissionen um mindestens 30 Prozent gegenüber 1990 senken. Bis zum Jahr 2020 streben wir einen Anteil regenerativer Energie am Gesamtenergieverbrauch in Höhe von mind. 20 Prozent an. Ziel ist es, dass die erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2050 den Hauptanteil an der Energiebereitstellung tragen. (Ziffer 140, 241, 247)</p> <p>Auf absehbare Zeit kann auf den Beitrag der Kernenergie zur Stromerzeugung in Deutschland nicht verzichtet werden. Sie hat eine wichtige Brückenfunktion bis neue klimafreundliche und wirtschaftliche Energieträger in ausreichendem Umfang verfügbar sind. (Ziffer 248) Die Klimaverträglichkeit des Kraftfahrzeugverkehrs wollen wir mit marktwirtschaftlichen Mitteln erhöhen. (Ziffer 252)</p>	<p>Ressourcensicherung, Klimaschutz und natürliche Lebensgrundlage</p> <p>„Unser Ziel ist das solare Zeitalter“ (S. 57, Z. 52) SPD setzt auf weitere, ehrgeizigere Abkommen zur Reduzierung von Treibhausgasen.</p> <p>Massive Steigerung der Ressourcenproduktivität und konsequenter Umstieg auf erneuerbare Energien (S. 4, Z. 48-50)</p> <p>SPD will eine „Effizienz- und Einsparrevolution“, die zu wesentlich vermindertem Energieeinsatz und Umwandlungsverlusten führt. „Damit ist es möglich, den tatsächlichen Energieeinsatz der Menschen bis zum Jahr 2020 zu halbieren und bis Mitte des Jahrhunderts um den Faktor 4 zu senken.“ (S. 58, Z. 6-10)</p> <p>„Um die Erderwärmung auf ein verträgliches Maß zu begrenzen, muss der weltweite Ausstoß von Treibhausgasen bis 2050 halbiert werden.“ (S. 58, Z. 53-55)</p> <p>Die Kraftfahrzeugsteuer soll künftig nach dem Kohlendioxid-Ausstoß bemessen werden. (S. 59, Z. 44-45)</p>

CDU

SPD

<p>VI. 3. Zukunft für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum</p> <p>Die Landwirte pflegen die Kulturlandschaft und prägen den ländlichen Raum. Leitbild der CDU ist eine multifunktionale und unternehmerische Landwirtschaft, die sich zu ihren bäuerlichen Wurzeln bekennt und zugleich Kreativität und Innovation fördert. Wir stehen für ein gleichberechtigtes Nebeneinander von konventionellem und ökologischem Landbau. Vor allem strukturschwache ländliche Gebiete benötigen auch weiterhin eine aktive Förderung bei der Entwicklung ihrer Infrastruktur. (Ziffer 257, 259, 261)</p>	<p>Nachhaltige Landwirtschaft</p> <p>In der EU sollen die finanziellen Transferleistungen für die Landwirtschaft an ihrem Beitrag zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und der Kulturlandschaften ausgerichtet werden. (S. 60, Z. 41-45)</p> <p>Landwirte und Verbraucher haben Anspruch auf gentechnikfreien Anbau. (S. 60, Z. 54-55)</p>
<p>VII. Aktive Bürger, Starker Staat, weltoffenes Land</p> <p>VII.1. Bürgergesellschaft stärken - Eigeninitiative fördern</p> <p>Die Bürgerinnen und Bürger sind es, die unseren Staat bilden. Deshalb wollen wir ein partnerschaftliches und vertrauensvolles Verhältnis zwischen Bürgern und Staat. Unsere freiheitlich demokratische Grundordnung und ihre politischen Institutionen bilden das Fundament für eine lebendige Demokratie. Der Einsatz der Bürger ist durch nichts zu ersetzen. Jeder, ob jung oder alt, erwerbstätig oder arbeitslos, hat Fähigkeiten, die das Gemeinwesen bereichern können. Ohne ehrenamtliches Engagement würde unsere Gesellschaft verarmen. (Ziffern 265 – 267)</p>	<p>4.3 Solidarische Bürgergesellschaft und demokratischer Staat</p> <p>Jede Demokratie lebt durch das Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger. Die Bürgergesellschaft organisiert sich in Vereinen, Stiftungen und Initiativen. (S. 27 – 28)</p> <p>„Wir folgen hier der Idee der Subsidiarität. Das heißt: Die kleinere politische Einheit hat Vorrang vor der größeren.“ (S. 29, Z. 18-20)</p>
<p>VII. 2. Für einen starken Staat: Freiheit und Sicherheit für die Bürger</p> <p>Unser Staat dient der Würde und der Freiheit des Menschen und er soll das Wohl des Einzelnen und der Gemeinschaft fördern. Zu den</p>	<p>4.3 Solidarische Bürgergesellschaft und demokratischer Staat</p> <p>SPD will mehr Demokratie und mehr direkte Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürger als Ergänzung der</p>

CDU

SPD

<p>Kernaufgaben des Staates gehört, die Grundrechte zu schützen und Machtmissbrauch zu verhindern. (Ziffer 272 – 273)</p> <p>Unser freiheitlicher Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. (Ziffer 275)</p> <p>Wir bekennen uns zur repräsentativen Demokratie, die politische Führung und demokratische Verantwortung miteinander verbindet. (Ziffer 280)</p> <p>Freiheit zu sichern und das Zusammenleben der Menschen zu ordnen ist Aufgabe des Rechts. Im Rechtsstaat unterliegt die Ausübung staatlicher Gewalt der Bindung an Recht und Gesetz. Wir treten ein für einen starken, aber schlanken Staat. (Ziffer 274 u. 284)</p> <p>Wir bekennen uns zur wehrhaften Demokratie. Innere und äußere Sicherheit lassen sich nicht mehr strikt voneinander trennen, vielmehr verschränken sie sich immer mehr ineinander. Eine Antwort auf diese Herausforderung ist der Einsatz der Bundeswehr im Inneren bei besonderen Gefährdungslagen. (Ziffer 290)</p>	<p>parlamentarischen Demokratie. (S. 27, Z. 17-19)</p> <p>„Wir wollen keinen vormundschaftlichen, sondern einen aktivierenden Staat, der den Bürgern dient und der die Aufgaben, die sie ihm zuweisen, zielbewusst, wirksam und wirtschaftlich erledigt.“ (S. 27, Z. 29-33)</p> <p>SPD will Vereinigung von Bundesländern, wo dieser Schritt die politische Gestaltungskraft verbessert und die Unterstützung der Bürger findet. (S. 29 Z. 32-36)</p> <p>Sicherheit im Inneren ist Aufgabe der Polizeien von Bund und Ländern. (S. 30, Z. 22-23)</p> <p>„Menschenrechte sind auch unter Berufung auf religiöse Regeln und Riten oder Traditionen nicht relativierbar. Toleranz gegenüber anderen Kulturen und Traditionen findet dort ihre Grenze, wo Menschenrechte verletzt werden.“ (S. 30, Z. 35-42)</p>
<p>VII. 3. Integrationsland Deutschland</p> <p>Für die CDU ist die Integration von Zuwanderern, insbesondere von Kindern und Jugendlichen der zweiten und dritten Generation, in unsere Gesellschaft eine politische Schlüsselaufgabe. Wir brauchen eine kontrollierte Zuwanderung von gut ausgebildeten, leistungsbereiten und integrationswilligen Menschen, die bei uns leben, arbeiten und unser Land als Heimat annehmen wollen. Deutschland ist ein weltoffenes und tolerantes Land, in dem Deutsche und Ausländer friedlich zusammen leben und arbeiten. Integration bedeutet die Akzeptanz kultureller Verschiedenheit auf der Basis allgemein geteilter und gelebter Grundwerte. Integration bedeutet, Verantwortung zu übernehmen für unser Land. Ein unverbundenes Nebeneinander und die Bildung</p>	<p>Integration und Einwanderung</p> <p>„Deutschland ist ein Einwanderungsland“ (S. 31, Z. 7)</p> <p>„Bildung und ganz besonders die Kenntnis der deutschen Sprache sind unverzichtbare Voraussetzungen dafür, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft in unserem Land miteinander leben können.“ (S. 31, Z. 38-40)</p> <p>Ausbau der politischen Partizipation von Einwanderern. (S. 31, Z. 47-48)</p> <p>„Wer über lange Zeit in Deutschland geduldet war, soll einen gesicherten Aufenthaltsstatus bekommen.“ (S. 32, Z. 11-13)</p> <p>SPD für grundsätzliche Möglichkeit der Mehrstaatlichkeit und für ein kommunales Wahlrecht auch für Ausländer, die nicht aus EU-Staaten</p>

CDU

SPD

<p>von Parallelgesellschaften, in denen unsere Rechtsordnung missachtet wird, lehnen wir ab. (Ziffer 300, 301 u. 304)</p>	<p>kommen. (S. 31, Z. 48-50)</p>
<p>VIII. Deutschlands Verantwortung und Interessen wahrnehmen</p> <p>VIII. 1. Deutschlands Chance Europa</p> <p>Die CDU ist die deutsche Europapartei. Wir setzen uns für die Fortsetzung des europäischen Einigungsprozesses ein, der im deutschen Interesse ist. Die Nationalstaaten und die Identität ihrer Völker sind prägende Bestandteile eines Europas der Einheit in Vielfalt. Wir sind gleichzeitig deutsche Patrioten und Europäer. Die europäische Einigung ist die größte politische Erfolgsgeschichte unseres Kontinents und zugleich Modell für viele Teile der Welt. Seit dem Zweiten Weltkrieg bringt sie Europa Freiheit, Frieden und Wohlstand. Heute ist die Europäische Union die beste Antwort auf Herausforderungen wie Globalisierung, Migration, neue Bedrohungen unserer Sicherheit, Klimawandel und Energiepolitik (Ziffer 309 – 310 u. 313)</p> <p>Wesentlich für die EU ist die Akzeptanz durch ihre Bürger. Sie wird von ihren Bürgern nur getragen, wenn sie die Aufgaben erfüllt, die sie in den Augen der Bürger erfüllen soll. Die EU muss sich daher gemäß dem Subsidiaritätsprinzip auf die Aufgaben beschränken, die die Europäische Union besser als die Nationalstaaten erledigen kann. (Ziffer 314 u. 315)</p> <p>Wir benötigen für Europa eine neue vertragliche Grundlage, die die Demokratie in der EU stärkt. Wir wollen eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die auch die Energie- und Rohstoffsicherheit umfasst. (Ziffer 317 u. 334)</p>	<p>4. 2. Das soziale und demokratische Europa</p> <p>„So können die Staaten Europas wirksam auf eine faire und sozial gerechte Verteilung des global erwirtschafteten Wohlstands und eine Demokratisierung der internationalen Regime und Organisationen hinwirken.“ (S. 23, Z. 11-15)</p> <p>In einem europäischen Grundgesetz soll die soziale Dimension gleichgewichtig neben das Wettbewerbsprinzip gestellt werden. (S. 23, Z. 48-51)</p> <p>SPD will Korridore für Sozial- und Bildungsausgaben gemessen an der jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. (S. 24, Z. 22-26)</p> <p>„Wir wollen den Wettlauf um die niedrigsten Steuersätze für Unternehmen in Europa überwinden. Notwendig sind eine europaweit einheitliche Bemessungsgrundlage für Unternehmenssteuern und Mindestsätze bei den Unternehmenssteuern.“ (S. 24, Z. 31-36)</p> <p>Höhe der Agrarsubventionen soll reduziert und das Geld für Zukunftsinvestitionen eingesetzt werden. (S. 25, Z. 20-22)</p> <p>Europäische Zentralbank soll neben der Währungsstabilität gleichgewichtig die Förderung von Wachstum und Beschäftigung verfolgen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt soll mehr Spielräume für nationale Strukturreformen und Zukunftsinvestitionen bieten. (S. 25, Z. 30-35)</p> <p>Stärkung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments. Gleichberechtigte Mitwirkung mit den im Ministerrat zusammengeschlossenen nationalen Regierungen an der gesamten europäischen Rechtssetzung. Mitentscheidungsrecht in Fragen der europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie</p>

CDU

SPD

<p>Die EU muss den Prozess der Globalisierung nach ihren Interessen und Werten mit gestalten können. In allen wichtigen Bereichen der Sozial- und auch der Umweltpolitik müssen europaweit einheitliche Mindeststandards verankert werden.(Ziffer 329)</p>	<p>bei der Agrarpolitik. Nationale Parlamente sollen streng kontrollieren können, ob die EU das Prinzip der Subsidiarität wahrt. (S. 26, Z. 15-17)</p>
<p>VIII. 2. Für Freiheit und Frieden eintreten – Deutschlands Rolle in der Welt</p> <p>Die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit verpflichten uns in unserem außenpolitischen Handeln. Es ist unser Auftrag, die Sicherheit der Menschen in Deutschland zu gewährleisten, Gefahren von unserem Land abzuwehren und zugleich weitweit für die Schaffung von Frieden und Freiheit sowie die Geltung der Herrschaft des Rechts und der universellen Menschenrechte einzutreten. (Ziffer 339)</p> <p>Deutschland steht in internationaler Verantwortung und muss die Mittel und Instrumente den Aufgaben und Verpflichtungen entsprechend bereitstellen. Erfolgreiche Außenpolitik setzt Leistungsfähigkeit sowie Attraktivität unserer Gesellschaftsordnung voraus. (Ziffer 343)</p> <p>Zentrales Instrument unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik und ständiger Ort des sicherheitspolitischen Dialogs insbesondere mit den USA ist die NATO. Wir bekennen uns zur Wehrpflicht in Deutschland. Der Bundeswehr kommt heute ein erweitertes Aufgabenspektrum zu: Landes- und Bündnisverteidigung.(Ziffer 345)</p> <p>Wir wollen unseren Beitrag zu einer freien, friedlichen und gerechten Welt leisten.(Ziffer 365)</p>	<p>4. Unsere Ziele, unsere Politik 4. 1. Eine friedliche, freie und gerechte Weltordnung</p> <p>„Die SPD ist die Friedenspartei in Deutschland und Europa.“ (S. 15, Z. 10-11)</p> <p>SPD arbeitet für die Entwicklung einer gemeinsamen Weltinnenpolitik mit starken Vereinten Nationen und einer gerechten Weltwirtschaftsordnung. (S. 15, Z. 16-18)</p> <p>„Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen. Wir verpflichten uns zur Verantwortung gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus und zu einer lebendigen Erinnerungskultur.“ (S. 16, Z. 21-24)</p> <p>Nato braucht neues Fundament. „Wir wollen die Suche nach einem gemeinsamen Verständnis von Werten intensivieren und das Bewusstsein für unsere gemeinsamen Ziele stärken. Eine friedliche Weltordnung ist nur mit den Vereinigten Staaten erreichbar.“ (S. 16, Z. 39-42)</p> <p>„Entscheidungen in internationalen Institutionen und Organisationen wie dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Welthandelsorganisation müssen sich am Maßstab der Gerechtigkeit und der Menschenrechte messen lassen. Die Stimmrechtsverteilung muss die Interessen der ärmsten Entwicklungsländer berücksichtigen.“ (S. 18, Z. 4-9)</p>